Stand: 16.12.2025 01:58:23

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13826

"Keine Überregulierung im deutschen Bankensektor"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/13826 vom 26.10.2016
- 2. Plenarprotokoll Nr. 85 vom 26.10.2016
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/15043 des WI vom 24.11.2016
- 4. Beschluss des Plenums 17/15210 vom 01.02.2017
- 5. Plenarprotokoll Nr. 94 vom 01.02.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

26.10.2016 Drucksache 17/13826

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Keine Überregulierung im deutschen Bankensektor

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundesund europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass die spezifischen Gegebenheiten des deutschen Bankensystems (Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Landesbanken, Förderbanken, öffentliche und private Bausparkassen, Spezialinsitute sowie private Banken und Bausparkassen) bei der geplanten Revision der europäischen Vorschriften zur Bankenregulierung angemessen berücksichtigt werden.

Begründung:

Der Basler Ausschuss arbeitet seit geraumer Zeit an einer Reihe von Vorschlägen, die in der Gesamtbetrachtung eine wesentliche Überarbeitung des Basel-III-Regelwerks bedeuten (Basel IV-Pläne). Dies betrifft den Kreditrisiko-Standardansatz, Mindestgrenzen für interne Risikomodelle, die Verfahren für Marktpreisrisiken, operationelle Risiken und – neuerdings – Zinsänderungsrisiken.

Insbesondere die geplante Revision des Kreditrisikostandardansatzes und die Einführung einer Kapitaluntergrenze würden signifikante Auswirkungen auf Mindesteigenkapitalunterlegung und Kapitalquoten aller Banken hierzulande haben. Die hierzu überarbeiteten Regeln sollen bis Ende 2016 finalisiert werden und ab 2019 Anwendung finden.

Dies dürfte immense Auswirkungen haben. Die Kapitalanforderungen der Banken würden dadurch nach ersten Berechnungen wohl nochmals erheblich steigen. Damit besteht sichtbar die Gefahr, dass die Regulierung wieder weit über das Ziel hinausschießt.

Davon wären insbesondere auch Sparkassen betroffen, die nicht wie private Banken den Kapitalmarkt "anzapfen" können, um die künftigen Eigenkapitalanforderungen zu bewältigen. Die Träger - vor allem die Städte und Gemeinden - dürften meist nicht in der Lage sein, weiteres Kapital zuzuschießen. Sparkassen erhöhen ihre eigenen Kreditvergabespielräume in der Regel durch nicht ausgegebene Gewinne. Jetzt schmelzen diese Gewinne und damit besteht die Gefahr einer Kreditklemme, denn steigende Eigenkapitalanforderungen dämpfen das Kreditwachstum. Damit besteht auch die reale Gefahr, dass sich dies auf die Kreditvergabe für mittelständische Unternehmen in Bayern und Deutschland auswirkt. Die für die mittelständischen Unternehmen so wichtigen Banken dürfen keinesfalls noch mehr durch zusätzliche Regulierungsvorgaben belastet werden.

Schon heute gehen von 5,8 Mio. Euro, die ein kleines Bankhaus im Jahr für Personal und Sachkosten ausgibt, 500.000 Euro nur für Regulierungsfragen drauf.

geschäftsführer hat einen Anstellungsvertrag, ein Vizepräsident ist von einer Landesversammlung von Delegierten demokratisch gewählt. Sie können sich alle Ihren Reim darauf machen. Jedenfalls denke ich, dass es nicht die Absicht von Herrn Stärk war, mich irgendwie zu belehren, wie Sie das vorhin ausgedrückt haben, oder zu ermahnen. Das darf ich vielleicht auch in seinem Namen ausdrücklich zurückweisen. Das brauchen wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Wengert. – Nun erteile ich für die Staatsregierung Staatsminister Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den letzten Jahren in mehreren Schritten kontinuierlich die Situation der weiteren Helfer im Katastrophenschutz verbessert und die Gleichstellung, also die sogenannte Helfergleichstellung, immer weiter verbessert, und zwar in einem Ausmaße, das es so noch nie gegeben hat und wie wir es auch in vielen anderen Ländern nicht finden.

Vom Verfahren her muss ich sagen, lieber Herr Kollege Rinderspacher: Wir haben über die letzten Jahre die Rechte der Opposition immer weiter ausgebaut. Die Opposition hat großen Wert darauf gelegt, dass sie vier Wochen Zeit von der Einreichung eines Gesetzentwurfs bis zur ersten Ausschussberatung eingeräumt bekommt, um sich auf die Beratung eines Gesetzentwurfs vorbereiten zu können. Ich finde es im Hinblick auf das Verfahren in diesem Hohen Haus einen merkwürdigen Vorgang, wenn Sie jetzt, nur weil es Ihnen gerade taktisch in den Kram passt, am Tag nach der Einreichung eines Gesetzentwurfs diesen zum Gegenstand eines Dringlichkeitsantrags machen. Ich nehme das für die Staatsregierung für die Zukunft zur Kenntnis, dass die SPD-Fraktion kein Problem damit hat, innerhalb von 24 Stunden über einen Gesetzentwurf, den die Staatsregierung eingebracht hat, im Plenum zu diskutieren. Wir werden uns das gerne bei Gelegenheit zunutze machen. Ich werde meine Position in zwei Wochen bei der Ersten Lesung vortragen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/13811 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung

geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/13824 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Zellmeier, Schreyer und anderer und Fraktion betreffend "Der Freistaat Bayern bekämpft entschlossen jede Form des Extremismus" auf Drucksache 17/13822 bekannt. Mit Ja haben gestimmt 93. Mit Nein haben gestimmt 46. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/13812 bis 17/13814, 17/13816, 17/13818 und 17/13819 sowie auf den Drucksachen 17/13825 bis 17/13828 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 auf:

Schlussbericht

des Untersuchungsausschusses zur Untersuchung eines möglichen Fehlverhaltens bayerischer Polizei- und Justizbehörden einschließlich der zuständigen Staatsministerien, der Staatskanzlei und der politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger im Zusammenhang mit dem Labor Schottdorf und der beim Bayerischen Landeskriminalamt eingerichteten Sonderkommission "Labor" und weiterer Vorkommnisse im Zusammenhang mit Ermittlungsverfahren gegen Dr. B. S. und andere Beschuldigte und auf entsprechende Anzeigen des Dr. B. S. und anderer Personen sowie bei der Rechtsaufsicht über die Beachtung der Vorschriften der Gebührenordnung für Ärzte und bei der gegebenenfalls notwendigen Korrektur der Rahmenbedingungen im selbstverwalteten Gesundheitssystem bei der Abrechnung von



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

24.11.2016 Drucksache 17/15043

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/13826

Keine Überregulierung im deutschen Bankensektor

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: Johann Häusler
Mitberichterstatter: Dr. Harald Schwartz

II. Bericht:

- Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 56. Sitzung am 24. November 2016 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Erwin Huber Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

01.02.2017 Drucksache 17/15210

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/13826, 17/15043

Keine Überregulierung im deutschen Bankensektor

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundes- und europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass die spezifischen Gegebenheiten des deutschen Bankensystems (Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Landesbanken, Förderbanken, öffentliche und private Bausparkassen, Spezialinsitute sowie private Banken und Bausparkassen) bei der geplanten Revision der europäischen Vorschriften zur Bankenregulierung angemessen berücksichtigt werden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

- Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 6. Dezember 2016 (Vf. 15-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 - der Art. 28 Abs. 4 sowie Art. 29 Abs. 3 und 5 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBI. S. 277, ber. S. 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch Art. 10a Abs. 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBI. S. 178) geändert worden ist,
 - der Art. 29 und 45 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2006 (GVBI. S. 834, BayRS 2021-1/2-I), das zuletzt durch Art. 10a Abs. 4 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBI. S. 178) geändert worden ist,
 - des Art. 4 Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes über die Wahl der Bezirkstage (Bezirkswahlgesetz – BezWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 2003 (GVBI. S. 144, BayRS 2021-3-I), das zuletzt durch § 2 Abs. 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 23. Februar 2015 (GVBI. S. 18) geändert worden ist.

PII/G1310.16-0012 Drs. 17/15135 (G)

Die Verfassungsstreitigkeit wird in der nächsten Plenarsitzung gesondert beraten

- Schreiben des Bundesverfassungsgerichts Zweiter Senat vom 11. November 2016 (2 BvR 166/16) betreffend Verfassungsbeschwerde
 - 1. unmittelbar gegen
 - a) den Beschluss des Oberlandesgerichts Nürnberg vom 28. Dezember 2015 2 Ws 782/15 –,
 - b) den Beschluss der auswärtigen Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Regensburg mit dem Sitz in Straubing vom 25. November 2015 – SR StVK 652/15 –
 - 2. mittelbar gegen Art. 46 Abs. 2 BayStVollzG PII-G1320-16-0001

Drs. 17/15147 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
- II. Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht über die Kooperation von Mittelschule und Realschule Drs. 17/11834, 17/15076 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Integration junger Flüchtlinge nicht gefährden – Keine Absenkung der Standards bei den Hilfen für Kinder und Jugendliche Drs. 17/12018, 17/15067 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Rechte der Menschen mit Behinderung schützen – Bundesteilhabegesetz in jetziger Form konsequent ablehnen Drs. 17/12628, 17/15068 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
A	A		A	
die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat beantragt, das Votum "Zustimmung" zugrunde zu legen				

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayerisches Bier gentechnikfrei halten Drs. 17/13069, 17/15116 (ENTH)

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 S. 3 BayLTGeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath u.a. und Fraktion (CSU) Reform des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA) Drs. 17/13314, 17/15070 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

8.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Bernhard Roos u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) Drs. 17/13329, 17/15037 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	团	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Überprüfung des Tierschutzes in Schlachthöfen Drs. 17/13413, 17/14871 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

Anlage 1
zur 94. Vollsitzung am 1. Februar 2017

10.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht zum Stand der Umrüstung des Forschungsreaktors FRM II Drs. 17/13660, 17/14872 (E)				
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
11.	Antrag der Abgeordne Dr. Karl Vetter u.a. und Gesundheitskosten für Drs. 17/13663, 17/150	d Fraktion (FREIE WÄl Asylbewerber aus Ste	HLER)		
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A		A	
12.	. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Stefan Schuster, Horst Arnold u.a. SPD Keine Wiedereinführung der Regelanfrage beim Landesamt für Verfassungsschutz bei der Berufung in das Richterverhältnis Drs. 17/13685, 17/14986 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A	Z	
13.	Antrag der Abgeordne Josef Zellmeier u.a. C Kommunikationsstrukt Drs. 17/13714, 17/150	SU uren im Bereich Kritisc		RITIS)	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

14.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU) Bankenkredite für den Mittelstand nicht durch übermäßige Regulierung verteuern Drs. 17/13814, 17/15040 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
15.	 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD) Sicherung guter Finanzierungsbedingungen für die mittelständischen Unternehmen Drs. 17/13825, 17/15041 (E) Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologi 				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	_	_	_	_	
				Z	
16.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Keine Überregulierung im deutschen Bankensektor Drs. 17/13826, 17/15043 (E) Votum des federführenden Ausschusses für				
	Wirtschaft und Medien	, Infrastruktur, Bau und		· ·	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	Z		Z	Z	
17.	 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Wildlebensraumberatung in Bayern erhalten und in die Ausbildung an den Landwirtschaftsschulen integrieren Drs. 17/13881, 17/15117 (A) 				
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	团	团	Z	
		_		_	

Anlage 1
zur 94. Vollsitzung am 1. Februar 2017

18.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD) Insolvenzberatung zukunftsfähig machen! Drs. 17/14107, 17/15073 (A)				
	Votum des federführer Staatshaushalt und Fir				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
19.	Dringlichkeitsantrag de Johann Häusler u.a. ur Abwanderung von Spit Drs. 17/14108, 17/150	nd Fraktion (FREIE W. tzentechnologie verhin	ÄHLER)	treibl,	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			A	
20.	Dringlichkeitsantrag de Florian von Brunn, Kla Reform der Lebensmit Desinformation, Bürok Drs. 17/14109, 17/148	us Adelt u.a. und Frak telüberwachung: Tran ratieaufbau und Selbs	tion (SPD) sparenz und echte Re	formen statt	
	Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
21.	Antrag der Abgeordne Bäuerliche Strukturen stärkere Förderung de Drs. 17/14113, 17/151	in Bayern sichern – r ersten Hektare bei A			
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			A	

	A	Я	Я	7
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Votum des federführer Staatshaushalt und Fir			
25.	Antrag der Abgeordne Hans-Ulrich Pfaffmanr Zweckentfremdung vo Drs. 17/14153, 17/150	n u.a. SPD n Bundesmitteln beend		oessern!
	团			Z
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
24.	Dringlichkeitsantrag de Rosi Steinberger u.a. v Neuorganisation der L Offenlegung der Aktivi Drs. 17/14135, 17/148	und Fraktion (BÜNDNI ebensmittelkontrolle – täten der Staatsregier	S 90/DIE GRÜNEN)	lartmann,
	A			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
23.	Dringlichkeitsantrag de Benno Zierer u.a. und Neustrukturierung der angemessene Persona Drs. 17/14134, 17/148	Fraktion (FREIE WÄH Lebensmittelüberwach alausstattung sowie ur	LER) nung in Bayern: Wir fol	rdern eine
	A			Z
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
22.	Antrag der Abgeordne Direktvermarktung in E Drs. 17/14114, 17/151	Bayern fördern – Offen		

26.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Einführung eines bayerischen Monitoringprogramms für Kormoran, Graureiher und Silberreiher nach dem Vorbild in Sachsen Drs. 17/14154, 17/14877 (A)
	Votum des federführenden Ausschusses für

Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bundesweites Gentechnikanbauverbot wasserdicht machen! Drs. 17/14210, 17/14878 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Der Einfluss von Social Bots auf das politische Geschehen in Bayern Drs. 17/14219, 17/14906 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Laubbläser und Laubsauger auf staatlichen Liegenschaften Drs. 17/14220, 17/14879 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

Anlage 1
zur 94. Vollsitzung am 1. Februar 2017

30.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Rettungskräfte in Bayern für besondere Schadenslagen fit machen Drs. 17/14422, 17/14905 (E) Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Le und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zahl der Drogentoten senken: Rezeptfreie Naloxonabgabe in Apotheken Drs. 17/14224, 17/15072 (A)				
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
32.	2. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Inge Aures u.a. SPD Sonderprogramm ausweiten: Aufnahme einzelner Kommunen außerhalb der ausgeschriebenen Fördergebiete Drs. 17/14312, 17/15074 (A)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	Z	Z
33.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathi Petersen, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD) Drohende Schließung des Schaeffler-Werks im Markt Elfershausen Drs. 17/14412, 17/15046 (E)			
Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Tech				d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z	Z

34.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Erwin Huber, Joachim Unterländer, Sandro Kirchner u.a. CSU Geplante Verlagerung des Schaeffler-Werks im Markt Elfershausen aktiv begleiten Drs. 17/14463, 17/15047 (E)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
35.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Schaeffler-Standort Elfershausen erhalten Drs. 17/14483, 17/15048 (A)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		Z	Z
36.	Antrag der Abgeordneten Dr. Hans Reichhart, Kerstin Schreyer, Ernst Weidenbusch CSU Linksextreme Agitation im Landkreis München Drs. 17/14469, 17/14985 (E)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z			Z
37.	Dringlichkeitsantrag d Prof. (Univ. Lima) Dr. Gleichberechtigung be Drs. 17/12138, 17/150	Peter Bauer u.a. und F ei Hochwasserhilfe	ert Aiwanger, Florian Si Fraktion (FREIE WÄHL	treibl, ER)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat